

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5,50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — Postcheckkonto Nr. 58477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelleise oder deren Raum 1,90 M., bei Platzvorschrift 2,30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1,70 M., Reklame-Kolonelleise 7,50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Frankreich hält an den Sanktionen fest?

Haag, 25. Juni. (U.) Daily Telegraph teilt mit, daß die französische Regierung unbedingt daran festhält, daß die Sanktionen nicht aufgehoben werden und teilt ferner mit, daß die Verhandlungen darüber mit der englischen Regierung in Paris fortgesetzt werden.

Ob die Nachricht in dieser Form zutrifft, muß abgewartet werden. Fest steht, daß die englische Regierung auf die Aufhebung der Sanktionen dringt und daß die französische Regierung nachgeben wird müssen, wenn ihr der letzte Vorwand zu ihrer Aufrechterhaltung genommen wird. Dazu ist in erster Linie notwendig, daß das Ultimatum Sanktions erfüllt, das heißt, daß die Entwaffnung in Bayern klaglos durchgeführt und die bayerischen Selbstschutzorganisationen aufgelöst werden. Es ist umso notwendiger, daß die Reichsregierung kein Druckmittel auf die widerstrebende Bayer-Regierung unangewandt läßt, weil der wirtschaftliche Druck, der durch die Fortdauer der Zollsanktionen auf die rheinische Industrie ausgeübt wird, von Tag zu Tag unerträglich und die Schädigung der deutschen Baluta durch das neue Loch im Westen von Tag zu Tag empfindlicher wird.

Deutschland nicht mehr verpflichtet, in Dollar zu zahlen.

Paris, 25. Juni. (U.) Infolge des Einflusses, den die letzten deutschen Zahlungen auf den Wechselkurs ausübten (Staupe in Dollars und Balbe der übrigen Wechselkurse) hat die Reparationskommission beschlossen, Deutschland bis auf weiteres für seine späteren Zahlungen von der Verpflichtung zu erheben, die Zahlungen in Dollars vorzunehmen.

Die angebliche Ursache des Grubenunglücks in Herne.

Herne, 24. Juni. Wie verkantet, ist die Ursache der Explosion auf der Zeche Mont Cenis ein Schuh, der verkehrt und richtig abgegeben wurde. Die beiden Schichtmeister waren nicht am Explosionsherde und man hat (während die Belegschaft mit elektrischen Lampen ausgestattet ist) eine Wetterlampe gefunden, die nur ein Schließhahnen besitzt. Während sonst mit Sicherheitsstopfen geschlossen wird, wobei keine Flamme entsteht, will ein Steiger aus einem Nachbarrevier einen Knall gehört haben wie von einer Dynamitpatrone. Trifft dies zu, dann wäre das suchbare Unglück nur durch eine unvorsichtige und verbotswidrige Handlung entstanden. Obwohl im Revier des Steigers Lottermann, wo die Explosion erfolgte, schon seit Tagen keine Wetterstromzuführungen mehr erfolgten, haben sich dort keinerlei Schlagwetter nachweisen lassen.

Der Untersuchungsausschuss unterweqs.

Berlin, 25. Juni. Der anfänglich des Grubenunglücks auf der Zeche Mont Cenis gebildete parlamentarische Untersuchungsausschuss hat sich, wie der Vorwärts meldet, gestern Abend nach Herne begeben. Wie das Blatt weiter meldet, wird die Interpellation wegen des Grubenunglücks am Dienstag zur Verhandlung kommen.

Die neue Grundlage des englisch-japanischen Vertrags.

Berlin, 25. Juni. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Die Deutsche Allgemeine Zeitung meldet aus London: Bei einer Unterredung mit dem Vertreter der Internationalen Review erklärte der hiesige japanische Botschafter Hayashi, in dem jetzt zu erörternden englisch-japanischen Vertrag sei vorgesehen, daß England gegen Verwicklung in einen amerikanisch-japanischen Krieg sichergestellt werde, andererseits wird Japan dagegen geschützt, in amerikanisch-englische Verwicklungen gezogen zu werden.

Ein amerikanisches Demenli.

London, 23. Juni. Wie aus Washington berichtet wird, stellt das Staatsdepartement die Meldung, daß es über den Fortschritt in den Verhandlungen zur Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisvertrages unterrichtet worden sei, in Abrede.

Der Streik der englischen Bergarbeiter.

London, 24. Juni. Im Unterhaus erklärte Sir Robert Horne, es seien augenblicklich Versuche zur Beilegung des Kohlenstreiks im Gange. Evening News zufolge ist das Ende des Kohlenstreiks näher, als man allgemein annimmt.

London, 25. Juni. (U.) Die Einladung der Bergarbeiterverwaltung an die andern Fachverbände für eine gemeinsame Aktion scheint erfolglos zu sein. Die verschiedenen Arbeiterverbände haben nur finanzielle Unterstützung zugesagt. Die Transportarbeiter und die Arbeiter der Maschinenindustrie haben sich geweigert, an der vorgeschlagenen Konferenz teilzunehmen. Ein bedeutender Führer der Bergarbeiter in Derbyshire bestätigte, daß man am Ende der Einnahmequellen angelangt sei und daß man auf keine Unterstützung von andern Verbänden rechnen könne.

Haag, 25. Juni. (U.) In der Freitagssitzung der englischen Labour Party brachte der Vorsitzende die gegenwärtige Lage der Industrie und die Arbeitslosigkeit in England in

Zusammenhang mit der Politik der Regierung, und zwar insbesondere mit den Wiederherstellungsgesetzungen Deutschlands. Der Niedergang der englischen Industrie habe mit dem Beginn der Reparationsleistungen ihren Anfang genommen. Ueber die Ergebnisse des Kohlenarbeiterstreiks wurde mit Vorbehalt geurteilt. Sodas sprach von der Möglichkeit, daß die Arbeiter würden nachgeben müssen; aber für diesen Fall sage er der Regierung den härtesten Kampf der Gewerkschaften an.

Die englische Arbeiterpartei gegen Moskau.

London, 25. Juni. Der Antrag auf Beteiligung der Labour Party an der Moskauer Internationale wurde mit einer siebenfachen Mehrheit, nämlich von 1 400 000 gegen 200 000 Stimmen, abgelehnt. Von vielen Seiten wurde eine Verschärfung des politischen Kampfes im Anschluß an die Erfahrungen des Bergarbeiterstreiks gefordert.

Kriegserklärung Griechenlands an Rußland.

Berlin, 25. Juni. (U.) Der Berliner Lokalanzeiger meldet: Die griechische Regierung richtete eine Note nach Moskau, worin sie mitteilt, daß Griechenland sich mit Sowjetrußland als im Kriegszustand befindlich betrachtet.

Die Kriegserklärung Griechenlands an Sowjetrußland ist anscheinend die Antwort auf die russischen Truppen-transporte nach Kleinasien zur Unterstützung Kemal Paschas, von denen in der letzten Zeit mehrfach die Rede war.

Chamberlain über die Entente-Vermittlung.

London, 23. Juni. Im Unterhaus erklärte Chamberlain, wenn die griechische Regierung nicht bereit sei, den erteilten Ratsschlüssen Gehör zu geben, so müßten die alliierten Mächte ihr die Verantwortung für die Fortsetzung der Feindseligkeiten übertragen. Falls die griechische Regierung eine Vermittlung der Großmächte annehme, seien die Alliierten bereit, die türkische Regierung zu einer sofortigen Waffenruhe und zum Beginn von Friedensverhandlungen aufzufordern.

Griechenland lehnt die Vermittlung ab?

Paris, 24. Juni. (Havas.) Nach dem Allener Regierungsbild Nea Himeria wird die Antwort der hellenischen Regierung auf den gemeinsamen Schritt der Verbandsmächte diese Vermittlung nicht von vornherein ablehnen, aber deutlich erklären, daß die hellenische Regierung nicht gewillt ist, Bedingungen für eine Verzögerung anzunehmen, die sich von der Grundlage des Vertrages von Sèvres entfernen.

Da die Vermittlungsoption der Alliierten auf der Preisgabe von Smyrna basierte, das im Vertrage von Sèvres Griechenland zugesprochen worden war, käme ein Festhalten an diesem Vertrage einer Ablehnung der Vermittlung gleich. Eine Meldung des Berliner Lokalanzeigers aus London, deren Bestätigung allerdings noch abgewartet werden muß, will auch wissen, daß die griechische Regierung die interalliierte Intervention unter der Bedingung der Einstellung der Feindseligkeiten abgewiesen habe.

Ein Friedensangebot Angoras.

London, 24. Juni. Nach dem Korrespondenten der Morning Post in Konstantinopel hat der kemalistische Minister für auswärtige Angelegenheiten auf indirektem Wege der griechischen Regierung ein neues Friedensangebot gemacht. Das Parlament habe erklärt, wenn Griechenland zu einer friedlichen Lösung geneigt sei, würde die Regierung von Angora auch ihrerseits die Lage von einem anderen Gesichtspunkte ansehen. In dessen könne kein Vorschlag angenommen werden, der nicht die Rückkehr von Smyrna und Thrazien zur Türkei einschliesse.

Vom englisch-irischen Kriegschauplatz.

London, 24. Juni. (Reuter.) Ein Teil eines englischen Militärguges mit 104 Fußaren und 113 Pferden entgleiste in der Nähe von Dundalk infolge der Explosion einer Mine. Der hintere Teil des Zuges, der aus Pferdetransportwagen bestand, rollte die Böschung hinab. Drei Soldaten wurden getötet, 20 verletzt, 30 Pferde getötet und viele verletzt. Wäre die Mine wenige Sekunden früher explodiert, wäre der vordere Teil des Zuges, der mit Soldaten voll besetzt war, vernichtet worden. Wie verkantet, sollen vier Mann vernichtet werden. Ein Telegramm aus Belfast meldet, daß die Soldaten zwei Männer, die von der Unglücksstelle wegkamen, erschossen haben.

Nach einer anderen Meldung sollen 40 Kavalleristen dem Anschlag zum Opfer gefallen sein.

London, 25. Juni. (U.) Die Küstenstation von Howthyn wurde in Brand gesteckt. Ein Zug, der von Howthyn nach Dublin fuhr, wurde mit Bomben beworfen von Sinnfeuern, die von einem Auto aus den Angriff unternahm. — Bei Tagesanbruch begann in den Straßen von Dublin eine heftige Revolververfolgung, bei der verschiedene Personen verwundet wurden. — In Cork verkrachten Sinnfeuern, von einem Auto aus die Volkseilmannschaften mit Bomben zu bewerfen. Drei Kinder und drei Frauen wurden dabei verwundet.

Kämpfe zwischen Bolschewisten und japanischen Truppen.

Paris, 24. Juni. Nach einem Kabeltelegramm der Chicago Tribune aus Tokio wird amtlich bestätigt, daß japanische Truppen in der Nähe von Nikolajew in Ostibirien von Bolschewisten angegriffen wurden und ernste Kämpfe sich entsponnen haben. Die Bolschewisten sollen auch Dschost. am gleichnamigen See besetzt haben.

Vorkämpfer wider die Wahrheit.

Im Leipziger Tageblatt vom 15. Juni, abends, Nr. 281, müht sich Graf Montgelas ab, die schweren Vorwürfe, die unser Korrespondent in unserem Blatt gegen ihn und den deutschen Generalstab erhoben hatte (siehe den Leitartikel unserer Ausgabe vom 8. Juni), zu entkräften. Wie gründlich ihm das vorbeigelungen ist, läßt sich aus folgenden Ausführungen ersehen, die uns unser Korrespondent unter obigem Titel zuschickt.

W. Oe. Herr General Graf Montgelas hat es sich zur Spezialaufgabe gemacht, die Wahrheit über die Schuld am Kriege, die durch die kausale Aktenschuld längst aller Welt einwandfrei bekannt geworden ist, mit möglichst langem Atem zu bekämpfen. Er ist der Überzeugung, daß, wer am längsten redet, am meisten schwächt, zuletzt doch Recht behält. Um nun die Öffentlichkeit von der Unantastbarkeit seiner Argumente zu überzeugen, hat er den etwas seltsamen Weg gewählt, die einwandfreiesten und klarsten Wahrheiten solange mit neuen Material-einzelheiten zu belasten, bis niemand, auch er selbst nicht mehr, aus dem Material sich herausfinden kann. Er glaubt den Sieg erringen zu können, indem er mit einer Fülle von Material um sich wirft. Damit wird er aber vielleicht bei den naiven Lesern des Leipziger Tageblattes und ähnlicher Organe Eindruck machen, nicht aber bei der Arbeiterklasse, die politisches Verständnis genug hat, um sich nicht durch Materialüberschüttung und höchst seltsame Auslegung dieses Materials von den einfachen Wahrheiten abbringen zu lassen.

Herr Graf Montgelas glaubt zunächst dem Vorwurf, daß der Ausschluß sich nicht eingehend genug mit der Frage der deutschen Mobilmachung beschäftigt habe, dadurch begegnen zu können, daß er erklärt, auf den Seiten 7 bis 19 sei dies geschehen. Er vergißt nur leider, daß das knappe 13 Seiten von den 155 sind, während rein textlich den russischen Kriegsvorbereitungen von Herrn Montgelas selbst 10 Seiten, und von Herrn Höniger noch weitere 42 Seiten, also mehr als das vierfache gewidmet sind. Aber es läßt auf den Umfang nicht an, wenn der Inhalt nicht Anlaß zu schwerer Bemängelung gäbe. Herr Montgelas behauptet (Seite 10), daß auch in der Zeit vom 24. bis 26. Juli, „an den drei auf die Ueberreichung des Ultimatus folgenden Tagen keine Mobilmachungsmahnahmen getroffen wurden!“ Seltsamerweise teilt er noch auf derselben Seite mit, daß am 27. Juli der kommandierende General des 16. Armeekorps dem Kriegsministerium mitgeteilt hat, daß er mit Rücksicht auf die politische Lage, es für „nötig befunden habe“, die Werke der Westfront, Festung Metz, außer durch die ständigen Wachkompanien, auch durch Fußartillerie und Maschinengewehr-Kompanien zu besetzen. Ferner ist angeordnet, daß die Truppen sich in der Nähe ihrer Kasernen halten und weitere Beurteilungen nicht mehr stattfinden. Dasselbe ist für die Festung Diedenhofen „angeordnet“. Am 27. Juli also ist das alles bereits geschehen. Der General spricht von der Vergangenheit, so daß die Vorbereitungen dafür also schon an den Tagen vorher, in der Zeit vom 24. bis 26. Juli gelegen haben. Zu dieser Logik hat der Herr Montgelas sich allerdings nicht aufschwingen können, denn seine Weisheit besteht darin, die russische Böswilligkeit dadurch zu beweisen, daß das kleinste Verdachtsmoment zu den weitreichendsten Vermutungen verwendet wird, während alle auf deutscher Seite vorhandenen Verdachtsmomente mit einer über Realität hinausgehenden Harmlosigkeit übersehen werden.

Es ist typisch für die Methode des Herrn Grafen, daß er sich darauf beruft, gerade ein Mitglied der USF habe im Ausschuss die Ansicht vertreten, man solle die militärischen Dinge nicht so eingehend behandeln. Diese rein prinzipielle Stellungnahme, die durchaus berechtigt ist, gibt er zur Entschuldigung an, daß der Ausschuss die russischen militärischen Fragen sehr gründlich, die deutschen aber nur sehr oberflächlich behandelt hat. Das ist die echte Forschungsmethode Graf Montgelas.

Das Kabinettsstück in dem Artikel des Herrn Montgelas ist aber doch der Versuch, es so darzustellen, als ob die russische Mobilmachung sich ebenso schnell oder gar schneller als die deutsche habe vollziehen können. Das ist so selbst aus dem Munde eines Offiziers, daß es sehr schwer fällt, bei dieser Behauptung auch nur an die subjektive Wahrheit zu glauben. Dem deutschen General Graf Montgelas dürfte nicht unbekannt sein, daß zur Rechtfertigung der raschen deutschen Kriegsvorbereitungen und der so schnell eingeleiteten Offensiv, vor allem aber der vorzeitigen deutschen Kriegserklärung nicht zuletzt von ihm immer wieder behauptet worden ist, daß Deutschland eine Aussicht auf Erfolg haben könnte, wenn es sich den Vorteil nutzbar machte, der darin beruhte, daß seine Mobilmachung sich bedeutend schneller vollziehen konnte als die russische. Jetzt ist diese Auffassung plötzlich ein „sehr auffällender Irrtum“. Immer wie es dem Herrn Grafen paßt.

Zu dem Hauptvorwurf, daß der Generalstab das Auswärtige Amt darüber in Unkenntnis gelassen hat, daß der Befehl des Zaren, Verklündigung der Mobilmachung sei auch Verklündigung des Krieges, aufgehoben war, glaubt der Herr Graf nur mit dem Vorwurf des klüchtigen Lebens antworten zu können. Ach nein, Herr Graf, die zwölf Zeilen, die Sie über diesen Fall auf Seite 56 geschrieben haben, tragen in meinem Exemplar drei große blaue Ausrufungszeichen. Sie versuchen nämlich dort, diese schwerste Zurechnung des Auswärtigen Amtes durch den großen Generalstab dadurch zu erklären, daß Sie eine Vermutung aussprechen und der Öffentlichkeit einreden, eine so wichtige Unter-